

Heiderose Wanzelius
BIBS Fraktionsvorsitzende
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181
heidi.wanzelius@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 22. September 2009

Redebeitrag Ratssitzung 22.09.2009

TOP 17

**Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten –
Integration durch politische Beteiligung**

Liebe Braunschweiger und Braunschweigerinnen,
Liebe Ratskollegen und –kolleginnen,

die BIBS-Fraktion begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Initiative der Bürgermitglieder im Integrationsausschuss der Stadt Braunschweig, die sich solidarisch für die Erweiterung des kommunalen Wahlrechtes für alle Bürger und Bürgerinnen ausspricht.

Ich wünschte, sie alle wären Zeuge bei einem vielversprechenden, emanzipatorischen Prozess gewesen, der am Ende eines wunderbaren Weges steht, den der Rat der Stadt Braunschweig seit 2007 – mit der Arbeit an einem interkulturellen Leitbild indirekt selbst eingeleitet hat. Mit einer unglaublichen Energie und Kraftanstrengung ist es gelungen, die Ziele und Wünsche zu formulieren, die es den Menschen aus 140 Nationen ermöglicht, sich in unserer Stadt heimisch zu fühlen.

Mit Hingabe und Leidenschaft wurde gemeinsam an einem Handlungskonzept gearbeitet, das Strukturen schafft, die das Zusammenleben aller Braunschweiger Bürger und Bürgerinnen ernst nimmt.

Sowohl das kulturelle Leitbild als auch das kommunale Handlungskonzept wurden in 2008 mit breiter Mehrheit über alle Partei- und Initiativengrenzen hinweg beschlossen. Dies ist großartig.

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders Herrn Hartmann danken, dem es im Integrationsausschuss gelungen ist, eine Atmosphäre zu schaffen, die von einer unglaublich Offenheit und Weite geprägt ist und viel Raum für Gespräche zulässt. Ich habe mich anstecken lassen, von dem Geist,

der dort herrscht und oft von einer Heiterkeit und Gelassenheit ist, aber auch von gegenseitiger Akzeptanz beflügelt wird.

Da empfand ich es keineswegs als überraschend, als irgendwann Ende 2008 / Anfang 2009 eine Resolution in den Integrationsausschuss eingebracht wurde, die sich für das Wahlrecht aller Bürger auf kommunaler Ebene ausspricht.

Eindrücklich empfand ich die Aussprache während des letzten Integrationsausschusses, in dem noch einmal die Beweggründe offenlegt, die dieser Resolution vorausgegangen waren.

Partizipation, Engagement, Vertrauen waren einige Begriffe, die dort angesprochen wurden, aber auch das Grundrecht zu Wählen, das allen Bürger/innen eine Stimme verleiht und von den Migranten sicherlich – wenn es denn käme – ganz anders wertgeschätzt würde und Kräfte freisetzen könnte, die auch uns wieder ganz anders mit dieser politischen Kraft anstecken könnte. Besonders eindrucksvoll empfand ich die Argumentation, dass mit dem Wahlrecht, jeder ein Gesicht erhält und aus der anonymen Masse herauskommt und mit allen Rechten und Pflichten an der Gestaltung des Lebens unserer Stadt beteiligt wäre.

Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich schlichtweg nicht leisten, auf Dauer einen großen Teil ihrer Mitglieder von elementarsten Mitwirkungsrechten auszuschließen.